

Niederschrift

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Unterausschusses Jugendhilfeplanung am Dienstag, dem 05.03.2024 im kleinen Sitzungssaal des Kreishauses I, Friedrich-Ebert-Straße 7, 48653 Coesfeld

Beginn: 16:30 Uhr

Ende: 17:23 Uhr

Anwesenheit:

Mitglieder

Danielczyk, Ralf Vorsitz

Haselkamp, Anneliese

Lütkecosmann, Josef Vertretung für Mondwurf, Günter

Melchert, Thorsten Vertretung für Wortmann, Jens

Merschhemke, Valentin

Pohlmann, Franz Vertretung für Holtkamp, Stefan

Schlütermann, Christoph

Mühlenbäumer, Sarah

Kiekebusch, Heiner

Schäpers, Margarete

Sticht, Niklas Gabriel Vertretung für Gernitz, Renate

Rotterdam-Peters, Claudia

Verwaltung

Schütt, Detlef

Beck, Elke

Benson, Yvonne

Bröker, Judith Schriftführung

Der Ausschussvorsitzende Ralf Danielczyk eröffnet die Sitzung des Unterausschusses Jugendhilfeplanung mit Grußworten an die Ausschussmitglieder, die Vertretung der Verwaltung und die Presse.

Sodann stellt der Ausschussvorsitzende fest, dass der Ausschuss

- a) ordnungsgemäß geladen und
- b) gem. § 34 KrO i. V. m. § 41 KrO beschlussfähig ist.

Es wird sodann nach folgender Tagesordnung beraten und beschlossen:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Kindergartenbedarfsplanung 2024/2025
- 2 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden bzw. des Landrates

Es lagen keine Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden bzw. des Landrates vor.

TOP 1 öffentlicher Teil

Kindergartenbedarfsplanung 2024/2025

Jugendamtsmitarbeiterin Frau Bröker stellt die Kindergartenbedarfsplanung für das Kita-Jahr 2024/25 anhand einer Präsentation (Anlage 1) vor.

Herr Schlütermann berichtet, dass die Trägerschaft für die geplante Modul-Kita in Olfen noch nicht abschließend geklärt sei. Zwar sei seitens der DRK Kindertageseinrichtungen im Kreis Coesfeld gGmbH eine grundsätzliche Bereitschaft zur Übernahme der Trägerschaft gegenüber der Stadt Olfen signalisiert worden, diese sei jedoch noch nicht vertraglich vereinbart worden. Des Weiteren sei der Start einer solchen neuen Kita pünktlich zum Beginn des Kita-Jahres am 01.08.2024 insbesondere mit dem Blick auf das Personal eine große Herausforderung. Es seien daher noch viele Themen mit allen Beteiligten abzuklären ehe die Betreuungsplätze an die Familien vergeben werden könnten. Dezernent Schütt befindet es trotz dieser Herausforderungen für positiv, dass auf den Bedarf an Betreuungsplätzen in Olfen nunmehr reagiert werde und eine Lösung in Arbeit sei.

Herr Melchert erkundigt sich nach dem Anteil der Betreuungsumfänge in Höhe von 45 Wochenstunden. Er fragt an, ob diesbezüglich das Modell im Kreis Steinfurt (Auszahlung der Kreisanteile an den Kindpaulschalen an den Träger bei Reduzierung der 45 Stundenbuchungen vgl. Anlagen zur Niederschrift der Sitzung des JHA am 25.05.2023). Dezernent Schütt berichtet, dass dieses Modell im Kreis Steinfurt von den Trägern kaum in Anspruch genommen worden sei und daher im kommenden Kita-Jahr aller Voraussicht nach nicht fortgesetzt werde. Stattdessen würde das Modell „35 + 3 flexible Betreuungsstunden“ welches die bestehenden Angebote flexibler gestalte und nach § 48 Kinderbildungsgesetz finanziell gefördert wird mit einem Anteil von rund 30 % der Kitas im Kreis Steinfurt gut angenommen. Die Einführung dieses Fördermodells werde auch für den Kreis Coesfeld vorgeschlagen. Er verweist diesbezüglich auf die Sitzungsvorlage für den Jugendhilfeausschuss am 11.03.24 (SV-10-1169).

Katag. Frau Mühlenbäumer erkundigt sich nach dem Planungsstand für den Ortsteil Davensberg. Sie möchte wissen, ob dort weiterhin eine zweite Kindertageseinrichtung in Planung sei, da nach wie vor nicht alle Kinder in der Kita im Ortsteil versorgt werden könnten und stattdessen auf Betreuungsplätze in den benachbarten Ortsteilen ausweichen müssten. Jugendamtsmitarbeiterin Frau Bröker erläutert, dass die entsprechenden Planungen weiterverfolgt würden, jedoch der Bedarf für das Kita-Jahr 24/25 noch nicht so hoch sei, dass aktuell bereits eine weitere Kita benötigt würde.

Für die Kinder, für die in Davensberg kein Betreuungsplatz verfügbar sei, werde versucht möglichst annehmbare Alternativangebote zu machen. Dies bedeute, dass nach Möglichkeit alternative Betreuungsangebote in Ascheberg gemacht würden, da der Ortsteil Herbern doch deutlich weiter entfernt liege. In diesem Zusammenhang fragt Ktabg. Frau Schäpers nach, ob denn ggf. die Plätze in Herbern dennoch ein zumutbares Alternativangebot für die Davensberger darstellen würden bzw. ab welcher Entfernung ein Alternativangebot nicht mehr zumutbar sei. Frau Bröker erklärt daraufhin, dass die Zumutbarkeit eines Alternativangebotes stets im Einzelfall zu prüfen sei und von verschiedenen Faktoren wie den individuellen Möglichkeiten der Familie (z.B. Verfügbarkeit PKW) und Erreichbarkeit der Kita abhängen.

Ktabg. Frau Schäpers erkundigt sich auch explizit nach dem Planungsstand für die Kindertageseinrichtungen der AWO in der Gemeinde Havixbeck. Die Verwaltung erläutert, dass die AWO plane das Gebäude der Kita Gennerich zum Kita-Jahr 25/26 aufzugeben. Sofern es für die Kita keinen alternativen Standort gäbe, wovon aktuell auszugehen ist, würden die Kinder dann in die AWO Kita Plaggensch wechseln können. Den betroffenen Familien der Kita Gennerich sei dies über den Träger auch bereits entsprechend kommuniziert worden. Für die Kindergartenbedarfsplanung 24/25 sei dies jedoch nicht relevant, da die Veränderung erst im Kita-Jahr 25/26 zum Tragen käme. Das Jugendamt sei in dieser

Angelegenheit mit dem Träger und der Gemeindeverwaltung im Austausch und werde die Auswirkungen entsprechend für die Bedarfsplanung 25/26 berücksichtigen.

Die ortsübergreifende bzw. sogar jugendamtsübergreifende Lösung zur Deckung der Bedarfe in Rosendahl durch Plätze in Legden wird von Ktabg. Herrn Merschhemke begrüßt. Durch solche Lösungen würden sowohl die unversorgten Familien als auch die Kitas profitieren, da keine Plätze leer blieben. Er fragt an, ob solche Lösungen nicht auch für andere Orte wie z.B. Olfen in Frage kämen. Dezernent Schütt erläutert, dass mit ortsübergreifenden Lösungen insbesondere auch finanzielle Fragestellungen verbunden seien. Da die Kommunen sich regelmäßig an der Finanzierung der Betreuungsplätze beteiligen würden, fehle es oftmals an der Bereitschaft Kosten für ortsfremde Kinder zu übernehmen. Hier müssten gegebenenfalls entsprechende Regelungen zwischen den Kommunen getroffen werden. Es sei im Interesse der Kommunen zunächst die ortsansässigen Kinder zu versorgen, bevor externe Kinder aufgenommen würden. Herr Schlütermann wendet ein, dass das KiBiz-System hier falsche Anreize setze. Während es für die Kommunen von Vorteil sei noch Reserve-Plätze für unterjährige Bedarfe vorzuhalten, sei es für die Träger eine finanzielle Mehrbelastung. Die freien Plätze seien nicht über die Betriebskostenzuschüsse refinanziert. Gleichzeitig müssten aber die Ressourcen für diese freien Plätze durch den Träger vorgehalten werden. Nach seiner Meinung sollten solchen freien Kapazitäten häufiger ortsübergreifend genutzt werden statt sie für etwaige unterjährige Bedarfe freizuhalten. Er kritisiert darüber hinaus die bestehenden Strukturen des KiBiz, die nicht flexibel genug seien, um auf die bestehenden Problematiken im Bereich der personellen und finanziellen Ausstattung der Kindertageseinrichtungen zu reagieren. Hier herrsche auf Landesebene dringender Handlungsbedarf.

Vorsitzender Herr Danielczyk bedankt sich bei der Verwaltung für die Erstellung der Kindergartenbedarfsplanung 24/25. Er fasst zusammen, dass es sich dabei im landesweiten Vergleich nach wie vor um ein gutes Ergebnis handle. Es gelänge weiterhin für nahezu alle angemeldeten Kinder ein Angebot vorzuhalten. Dies sei jedoch nur ein schwacher Trost für die Familien, denen aktuell noch kein Betreuungsplatz vermittelt werden konnte. Weiterhin werde sich die vorliegende Planung an der Realität messen müssen. Denn oftmals komme es im Betreuungsalltag zu Einschränkungen aufgrund von Personalausfällen. Er bedankt sich bei den Teilnehmenden und schließt die Sitzung.

Danielczyk
Vorsitzender

Bröker
Schriftführerin